

“Materialien und Berichte“ der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle

(Projektgruppe im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg)

Leitung: Professor Dr. Max Wingen

Heft 20

**Belastungsprofile einer
Mehrwertsteuererhöhung für
Familien**

von

Dr. Manfred Hilzenbecher

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1988

ISSN 0930 – 0589

Vorwort

Im Rahmen der jüngsten steuerpolitischen Diskussion wird für den Übergang zu den 90er Jahren verschiedentlich auf eine eventuelle Mehrwertsteuererhöhung verwiesen, zumal - insbesondere vor dem Hintergrund der Bestrebungen um eine Steuerharmonisierung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und im Blick auf den gemeinsamen Binnenmarkt - eine Anhebung für die Bundesrepublik Deutschland nicht ausgeschlossen erscheint. Hierbei spielt die familienpolitisch bedeutsame Frage eine wichtige Rolle, inwieweit von einer solchen Entscheidung Familien mit (mehreren) Kindern besonders betroffen wären.

Wenn zu diesem Thema in der Öffentlichkeit häufig recht pauschal die Auffassung geäußert wird, eine Mehrwertsteuererhöhung gehe überdurchschnittlich zu Lasten der kinderreichen und einkommensschwachen Familien, so erscheint das zumindest voreilig, im Grunde sogar eher unzutreffend. Dies ist das zentrale Ergebnis der vorliegenden Studie, in der auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichproben von 1978 und 1983 erstmalig untersucht wird, welche Belastungswirkungen einer Anhebung des Mehrwertsteuersatzes speziell für Familien empirisch belegbar sind, wenn dabei nach unterschiedlicher Kinderzahl differenziert wird.

Die Arbeit über die Belastungswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung für Familien, die in der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt mehr am Rande laufender Projekte durchgeführt werden konnte, liefert damit einen weiteren Beitrag für eine möglichst auch datengestützte Analyse familienpolitischer Einzelfragen. Sie kann nur als Einstieg in die untersuchte Thematik gelten, was bei der Beurteilung der vorgelegten Ergebnisse mit den aufgezeigten Trends der Belastungsprofile zu berücksichtigen ist.

Stuttgart, Mai 1988

Prof. Dr. Max Wingen
Präsident des
Statistischen Landesamts
Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|-------|
| I. Der ungenügende Kenntnisstand | 7 |
| II. Ergebnisse empirischer Studien | 11 |
| III. Inhaltliche Abgrenzung | 19 |
| IV. Einkommens- und Verbrauchsstichproben als empirische Grundlage | 21 |
| V. Trends der Belastungsprofile | 26 |
| VI. Resümee und Ausblick | 35 |
| Anhang | 37 |
| Literaturhinweise | 46 |

I. Der ungenügende Kenntnisstand

Die Finanzierung der vielfältigen staatlichen Aktivitäten erfolgt in der Bundesrepublik Deutschland zu etwa drei Vierteln aus Steuereinnahmen. Dabei kommt der Mehrwertsteuer (incl. der Einfuhrumsatzsteuer) mit einem Anteil von gegenwärtig fast 25 % am gesamten Steueraufkommen die größte Bedeutung nach der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer zu, die ca. 40 % ausmacht. Auf die relative Größenordnung dieser beiden "Hauptsteuern" reduziert sich gemeinhin der Diskurs, wenn über ein "optimales" Verhältnis von "direkter zu indirekter", "merklicher zu unmerklicher" Besteuerung oder auch über das Verhältnis von der "Besteuerung der Arbeit zur Besteuerung des Konsums" debattiert wird, womit eine der ältesten Fragestellungen der Finanzwissenschaft aufgegriffen wird.

Stets hängt die konkrete Ausgestaltung des Steuersystems von den jeweils verfolgten Zielvorstellungen ab, die sich im Zeitverlauf mehrfach gewandelt haben. So war im 19. Jahrhundert der Finanzbedarf des Staates noch relativ gering, und die Forderung nach Einkommensumverteilung hatte sich politisch noch nicht etabliert. Hier standen deshalb Ertragsteuern im Mittelpunkt. Demgegenüber wurde im 20. Jahrhundert dem Distributionsziel steigende Bedeutung zugemessen, womit sich das Gewicht der Einkommensteuern kräftig erhöhte. Die Ausweitung des staatlichen Finanzbedarfs führte schließlich zu einem immer stärkeren Ausbau der Verbrauchsteuern (siehe Zimmermann/Henke, 1987, S. 168). Deren Anteil am Steueraufkommen ist gleichwohl - als Folge des progressiven Tarifs der Einkommensteuer - in den letzten Jahren ständig gesunken.

In der Bundesrepublik Deutschland, die innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu den Ländern mit dem niedrigsten Mehrwertsteuersatz zählt, wurde die Mehrwertsteuer in ihrer heutigen Form als Nettoumsatzsteuer am 1.1.1968 eingeführt. Übersicht 1

Übersicht 1

Mehrwertsteuersätze 1987 in den EG-Staaten

| Staaten | Normalsatz in % |
|----------------------------|-----------------|
| Bundesrepublik Deutschland | 14,0 |
| Belgien | 19,0 |
| Dänemark | 22,0 |
| Frankreich | 18,6 |
| Griechenland | 18,0 |
| Großbritannien | 15,0 |
| Irland | 25,0 |
| Italien | 18,0 |
| Luxemburg | 12,0 |
| Niederlande | 20,0 |
| Portugal | 16,0 |
| Spanien | 12,0 |

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

verdeutlicht das erhebliche Gefälle zwischen den einzelnen Ländern, das sich von 12 % in Luxemburg und Spanien bis auf 25 % in Irland beläuft. Vor diesem Hintergrund werden die Bestrebungen um eine Harmonisierung des EG-Steuersystems plausibel. Nach einem Entwurf der EG-Kommission soll der Mehrwertsteuersatz künftig in einer Bandbreite zwischen 14 % und 20 % liegen. Selbst wenn von daher für die Bundesrepublik Deutschland kein unmittelbarer "Handlungsdruck" bestünde (Seidel, 1988, S. 91), dürfte eine Anhebung des Mehrwertsteuersatzes in näherer Zukunft kaum zu vermeiden sein.

Die nach wie vor anhaltende Aktualität dieses Gedankens zeigt sich u.a. darin, daß von seiten des Bundesfinanzministeriums bereits zu bedenken gegeben wurde, "ob die EG-Kommission die Bandbreiten für die Steuer nicht zu groß gewählt habe" (so der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Hansjörg Häfele, gemäß Stuttgarter Zeitung vom 15.4.1988). Ein Mitglied der Bundesregierung sprach sich dafür aus, daß eine Erhöhung der Mehrwertsteuer keineswegs "tabuisiert" werden dürfe (Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in einem "Spiegel"-Gespräch vom 13.7.1987). Unterstrichen wird diese Auffassung durch ein Votum des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage in seinem Jahresgutachten 1986/87 (unter Ziffer 283). Dort wird argumentiert, daß es aus wachstumspolitischen Gründen notwendig sei, "das Gewicht der Verbrauchsteuern im deutschen Steuersystem dauerhaft zu erhöhen".

Solche Plädoyers rufen allerdings regelmäßig Widerspruch hervor, der vor allem mit einer angeblich unsozialen Verteilungswirkung begründet wird, die besonders einkommensschwächere und kinderreiche Familien treffe. Weil mit zunehmender Haushaltsgröße höhere Ausgaben für den privaten Verbrauch aufzuwenden seien, sei davon auszugehen, daß Mehrwertsteuererhöhungen "die Familien mit Kindern stärker belasten als Ledige oder kinderlos Verheiratete" (so etwa Rauscher, 1981, S. 87). Gemäß dieser "Regressionsthese" würden allgemeine und spezielle Verbrauchsteuern weitgehend auf die Konsumenten überwälzt, d.h. denjeni-

gen, die Güterkäufe tätigen, werde Einkommen entzogen. Da außerdem eine mit steigender Kinderzahl und sinkendem Einkommen zunehmende Konsumquote empirisch nachgewiesen werden könne, sei der Regressionsbeweis erbracht.

In der finanzwissenschaftlichen Inzidenzanalyse wird nun jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß diese These "stets umstritten war und trotz zahlreicher Versuche nicht schlüssig bewiesen werden konnte" (Folkers, 1987, S. 143). Wie etwa die mikroökonomische Theorie lehrt, muß die formale Inzidenz, d.h. die (politisch beabsichtigte) vollständige Überwälzung der Mehrwertsteuer auf die Preise, keineswegs mit der effektiven Inzidenz übereinstimmen. Je nachdem, welche Marktform vorliegt und welches Aussehen die Preiselastizität der Nachfrage annimmt, ist es denkbar, daß die Steuer überhaupt nicht oder nur teilweise an die Konsumenten weitergegeben wird.

Darüber hinaus ist zu bedenken, daß bei einer vergleichsweise geringen Konsumquote bzw. hohen Sparquote die Steuerzahlung nicht umgangen, sondern lediglich zeitlich verschoben wird. Sobald die Ersparnisse aufgelöst und somit für Konsumzwecke verausgabt werden, wird die Steuerzahlung fällig.

Hinzu kommt, daß die Mehrwertsteuer in der Regel mit einem gespaltenen Steuersatz belegt ist. Bei dem in der Bundesrepublik Deutschland ab 1.7.1983 geltenden Normalsatz von 14 % werden Güter des Grundbedarfs entweder mit dem halben Satz, derzeit also 7 %, besteuert, oder sie sind von der Mehrwertsteuer ganz ausgenommen. Sofern die Ausgaben für solche Gütergruppen in den unteren Einkommensschichten und mit zunehmender Kinderzahl einen größeren Anteil ausmachen als bei den Beziehern höherer Einkommen, folgt daraus eine mit abnehmender Kinderzahl und steigendem Einkommen relativ wachsende Besteuerung der Verbrauchsausgaben. Damit ist zumindest auf theoretischer Ebene die Möglichkeit gegeben, daß dieser progressive Verteilungseffekt die regressiv Wirkung aufgrund der bei zunehmendem Einkommen fallenden Konsumquote abschwächt, ausgleicht oder gar überkompensiert.

II. Ergebnisse empirischer Studien

Die bisherigen Überlegungen lassen es wenig erstaunlich erscheinen, daß empirische Studien über die Verteilungswirkungen von Verbrauchsteuern in der Bundesrepublik Deutschland zu oftmals völlig unterschiedlichen Ergebnissen gelangen. Dabei wird meist neben dem privaten Verbrauch auch das die Ersparnis umfassende verfügbare Einkommen¹⁾ als Bezugsgröße herangezogen, um den Einfluß der mit zunehmendem Einkommen steigenden Sparquote berücksichtigen zu können²⁾. Folgende empirische Ergebnisse stehen sich gegenüber.

K.D. Bedau und G. Göseke (1977, S. 377 und S. 381) führen in ihrer Analyse aus, "daß die Verbrauchsausgaben mit steigendem Einkommen nicht regressiv, sondern eher progressiv besteuert werden", während die "indirekten Steuern in ihrer Gesamtheit ... das Einkommen privater Haushalte nicht regressiv, sondern nahezu proportional (belasten)". Einer Untersuchung von W. Kitterer (1978, S. 272) zufolge "wird der Private Verbrauch mit zunehmendem Einkommen proportional belastet. Im Gegensatz dazu verläuft die Belastung der Haushaltsnettoeinkommen mit zunehmendem Einkommen eindeutig regressiv". Aus dem Datenmaterial einer Studie von P.-H. Huppertz und U. Wartenberg (1978, S. 399) ergibt sich für das Nettoeinkommen und für das ausgabefähige Einkommen "von den unteren zu den mittleren Einkommenschichten eine in etwa proportionale, von den mittleren zu den oberen Einkommensklassen jedoch eine stark abnehmende Steuerlast". W. Kitterer und J. Fronia (1981, S. 226) stellen in einem Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft heraus: "Der private Verbrauch wird mit steigendem Einkommen

-
- 1) Als "verfügbares Einkommen" werden entweder das "Haushaltsnettoeinkommen" oder die "ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen" herangezogen.
 - 2) Wenn die gesamte Abgabenbelastung der privaten Haushalte durch "indirekte" und "direkte" Steuern untersucht werden soll, bietet es sich demgegenüber an, das Haushaltsbruttoeinkommen als Bezugsgröße zugrunde zu legen.

progressiv belastet. ... Die Umsatzsteuerbelastung der Haushaltsnettoeinkommen verläuft ... bis zu einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von DM 1 800 weitgehend proportional. In den Einkommensklassen über DM 1 800 je Monat wird der regressive Verlauf deutlicher". Ein "selektiver empirischer Befund" der Transfer-Enquete-Kommission (1981, S. 90) "zeigt beim Nettoeinkommen als Bezugsgröße zuerst eine proportionale Belastung bis zu einer Einkommenshöhe von ca. DM 1 000 und dann einen regressiven Verlauf". In einer jüngeren Studie schließlich kommen D. Teichmann und R. Zwiener (1987, S. 145) zu dem Ergebnis, daß "der Anteil der Mehrwertsteuer an den Verbrauchsausgaben von geringen zu mittleren Einkommen (steigt), das heißt, bis zu einem Haushaltsnettoeinkommen von monatlich DM 4 000 wirkt die Mehrwertsteuer leicht progressiv; danach setzt eine leicht regressive Wirkung ein. Bezogen auf das verfügbare Einkommen ergibt sich ein ähnlicher - bogenförmiger - Verlauf".

Selbstverständlich lassen sich die genannten Befunde dieser Untersuchungen nur sehr begrenzt miteinander vergleichen, da sie sich auf jeweils unterschiedliche Zeitpunkte beziehen. Im Zuge allgemeiner Einkommensverbesserungen und Preissteigerungen werden im Zeitverlauf gerade am unteren Ende der Einkommensskala Verschiebungen auftreten, weil immer mehr Haushalte über ein Einkommensniveau von z.B. DM 1 000 pro Monat hinauswachsen. Dennoch ist ein Ergebnisvergleich möglich, wenn nicht die absoluten Einkommensgrößen, sondern Bereiche in den Einkommensstufen betrachtet werden. Ein solches Vorgehen führt dann zu der Auflistung in Übersicht 2, in der die angeführten empirischen Ergebnisse über die Belastungsverläufe systematisch gegenübergestellt werden. Übereinstimmung wird in den Untersuchungen lediglich darin erzielt, daß beim privaten Verbrauch als Bezugsbasis im unteren bis mittleren Einkommensbereich kein regressiver Verlauf und beim verfügbaren Einkommen als Bezugsbasis im mittleren und oberen Einkommensbereich kein progressiver Verlauf vorliegt. In den übrigen Bereichen werden dagegen regressive, proportionale und progressive Belastungswirkungen festgestellt.

Übersicht 2

Belastung der privaten Haushalte mit "indirekten" Steuern

| Autoren und Erscheinungsjahr der Untersuchung | Bezugsbasis privater Verbrauch | | Bezugsbasis verfügbares Einkommen | |
|---|---|--|---|--|
| | unterer bis mittlerer Ein- kommensbereich | mittlerer und oberer Ein- kommensbereich | unterer bis mittlerer Ein- kommensbereich | mittlerer und oberer Ein- kommensbereich |
| Bedau/Göseke 1977 | progressiv | progressiv | proportional | proportional |
| Kitterer 1978 | proportional | proportional | regressiv | regressiv |
| Huppertz/Wartenberg 1978 | - | - | proportional | regressiv |
| Kitterer/Fronia 1981 | progressiv | progressiv | proportional | regressiv |
| Tr.-E.-Kommission 1981 | - | - | proportional | regressiv |
| Teichmann/Zwiener 1987 | progressiv | regressiv | progressiv | regressiv |

Zur Erklärung dieser offenkundig widersprüchlichen Ergebnisse lassen sich in Anlehnung an die Stellungnahme der Transfer-Enquete-Kommission (1981, S. 90 ff.) mehrere Faktoren anführen. Zum einen werden die zugrunde gelegten "indirekten" Steuern unterschiedlich abgegrenzt. In den Studien von Bedau/Göseke und Kitterer wird die Gesamtheit der "indirekten" Steuern betrachtet, d.h. neben der Mehrwertsteuer werden sämtliche speziellen Verbrauchsteuern einbezogen. Die Verteilungswirkungen dieser beiden Steuerarten müssen aber keineswegs übereinstimmen. So ist z.B. denkbar, daß Haushalte höherer Einkommensschichten von Steuern auf bestimmte Genußmittel relativ stärker betroffen werden. Des weiteren klammern Bedau/Göseke die Gewerbesteuern aus, während in der Untersuchung von Kitterer (1978, S. 264) angenommen wird, "daß die Grund- und Gewerbesteuern zu den indirekten Steuern gehören, da sie in ihren Preiswirkungen den Umsatzsteuern ähnlich sind". In den übrigen Studien bildet dagegen allein die Mehrwertsteuer den Analysegegenstand. Zusätzliche Differenzen resultieren aus der teilweise abweichenden Verbrauchsschichtung und Verwendungsstruktur des verfügbaren Einkommens. Während meist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe als Analysebasis dient, ziehen Bedau/Göseke und Teichmann/Zwiener die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung entwickelte Schichtung (siehe dazu Göseke/Bedau, 1974) heran. Als Folge davon ergeben sich Unterschiede in den ermittelten Sparquoten. Darin wird z.B. von Kitterer/Fronia (1981, S. 198) eine Begründung für das von allen anderen Untersuchungen abweichende Fazit bei Bedau/Göseke gesehen, in den oberen Einkommensklassen liege keine regressive, sondern eine proportionale Belastung des Haushaltsnettoeinkommens vor.

Demnach kann auch heute noch dem Urteil der Transfer-Enquete-Kommission (1981, S. 92) zugestimmt werden, wonach "die divergierenden empirischen Ergebnisse nicht Resultat unterschiedlicher finanzwissenschaftlicher Grundannahmen sind, sondern ihre Ursachen fast ausschließlich auf statistische Probleme zurückzuführen sind". Wegen dieser Probleme ist es bislang kaum möglich, abgesicherte Erkenntnisse über die Belastungswirkungen

einer Mehrwertsteuererhöhung für Familien zu erhalten. Zudem kann sich eine solche Analyse schwerlich auf einen Vergleich von privaten Haushalten in unterschiedlichen Einkommensgruppen beschränken. Vielmehr ist ebenfalls eine Gegenüberstellung von Familien mit unterschiedlicher Kinderzahl vorzunehmen. Die Informationen, die die genannten Studien über diese Zusammenhänge liefern, sind jedoch sehr spärlich.

So berichten Huppertz/Wartenberg (1978, S. 399) über die Ermittlung der Steuerlast nach den in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 gebildeten Haushaltstypen. Damit wird zwar nach der Kinderzahl differenziert, auf eine gleichzeitige Untergliederung nach Einkommensklassen wird aber verzichtet. Als Ergebnis halten die Autoren fest, daß kinderlose Ehepaare schwächer belastet werden als Familien mit Kindern. "Die Umsatzsteuerlast trifft jedoch Familien mit vielen Kindern nicht härter als Familien mit wenigen Kindern". Kitterer (1978, S. 277) nimmt in seiner Analyse eine Kombination von Kinderzahl und Einkommensklassen vor. Er betont, daß die Kinderzahl keinen Einfluß auf die proportionale Belastung des privaten Verbrauchs bei zunehmenden Einkommen hat, während bei zunehmender Kinderzahl "auch die Belastung des verfügbaren Einkommens (steigt), insbesondere in den unteren Einkommensklassen". Da dabei jedoch nicht nur die Mehrwertsteuer, sondern alle "indirekten" Steuern einbezogen werden, sind auch die Ergebnisse dieser Untersuchung für die hier verfolgte Fragestellung nur begrenzt verwertbar.

Lediglich die Studie von Kitterer/Fronia liefert Informationen, die Aufschluß über die Belastungswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung für Familien mit unterschiedlicher Kinderzahl bei gleichzeitiger Differenzierung nach Einkommensklassen geben. Da dort jedoch die Daten über die Belastung des privaten Verbrauchs oder des verfügbaren Einkommens nicht interpretiert werden und sich nur im Anhang der Studie finden, wird in den Übersichten 3 und 4 eine eigene Zusammenstellung dieser Daten vorgenommen. Obwohl in den unteren Einkommensklassen keine Angaben für Familien mit Kindern vorliegen, machen die Ergebnisse

Übersicht 3

Anteil der Umsatzsteuer am privaten Verbrauch (EVS 1973) von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommensklassen in Prozent

| Einkommen (von... bis unter... DM) | | Kinderzahl | | | |
|--|-------|------------|-----|-----|-----|
| | | 0 | 1 | 2 | 3 |
| insgesamt | | 8,8 | 8,9 | 8,8 | 8,6 |
| unter | 600 | 7,6 | - | - | - |
| 600 - | 800 | 8,1 | - | - | - |
| 800 - | 1000 | 8,2 | 8,5 | - | - |
| 1000 - | 1200 | 8,5 | 8,5 | 8,6 | - |
| 1200 - | 1500 | 8,6 | 8,7 | 8,5 | 8,4 |
| 1500 - | 1800 | 8,8 | 8,9 | 8,7 | 8,6 |
| 1800 - | 2500 | 9,0 | 8,9 | 8,8 | 8,6 |
| 2500 - | 5000 | 9,0 | 8,9 | 8,9 | 8,7 |
| 5000 - | 15000 | 9,2 | 9,1 | 8,9 | 8,9 |

Quelle: Zusammengestellt nach Kitterer/Fronia, 1981, S. 252 ff.

Übersicht 4

Anteil der Umsatzsteuer am Haushaltsnettoeinkommen (EVS 1973)
von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommensklassen in Prozent

| Einkommen | | Kinderzahl | | | |
|-----------------------------|-------|------------|------|-----|-----|
| (von... bis unter... DM) | | 0 | 1 | 2 | 3 |
| insgesamt | | 7,0 | 7,1 | 6,9 | 6,8 |
| unter | 600 | 8,6 | - | - | - |
| 600 - | 800 | 7,9 | - | - | - |
| 800 - | 1000 | 8,0 | 10,0 | - | - |
| 1000 - | 1200 | 7,9 | 8,3 | 9,0 | - |
| 1200 - | 1500 | 7,7 | 8,3 | 8,1 | 8,1 |
| 1500 - | 1800 | 7,7 | 8,1 | 8,0 | 7,9 |
| 1800 - | 2500 | 7,3 | 7,6 | 7,6 | 7,6 |
| 2500 - | 5000 | 6,6 | 6,8 | 6,8 | 6,8 |
| 5000 - | 15000 | 4,3 | 4,8 | 4,4 | 4,6 |

Quelle: Zusammengestellt nach Kitterer/Fronia, 1981, S. 252 ff.

auf interessante Zusammenhänge aufmerksam. Sowohl beim privaten Verbrauch als auch beim Haushaltsnettoeinkommen scheint sich zumindest ab den mittleren Einkommensklassen mit steigender Kinderzahl keineswegs eine zunehmende, sondern eher eine proportionale Belastung einzustellen. Demgegenüber ist mit steigendem Einkommen unabhängig von der Kinderzahl beim privaten Verbrauch zunächst eine wachsende und dann eine weitgehend proportionale Belastung festzustellen, während sich beim Haushaltsnettoeinkommen als Bezugsbasis zunächst eine weitgehend proportionale und dann eine immer stärkere regressive Belastung zeigt.

Die Frage, ob und inwieweit solche Ergebnisse zu revidieren sind, wenn nicht die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1973, sondern neuere Zahlen zugrunde gelegt werden, ist Gegenstand der folgenden Betrachtung.

III. Inhaltliche Abgrenzung

Die im Thema genannte Problemstellung schränkt die Betrachtung auf die Mehrwertsteuer ein. Im Unterschied zu bereits angeführten Untersuchungen bleiben somit die übrigen "indirekten" Steuern, also sämtliche speziellen Verbrauchsteuern sowie die Gewerbesteuern, unberücksichtigt. Gleichwohl sind einige zusätzliche Grundannahmen zu treffen, denn eine Anhebung des Mehrwertsteuersatzes wird in der Realität stets von einer Vielzahl von einzel- und gesamtwirtschaftlichen Wirkungsverläufen begleitet werden, die ex ante nie genau bestimmbar sind.

Selbst wenn die Überwälzung der Mehrwertsteuer auf die Verbraucher tatsächlich kaum vollständig glücken wird¹⁾, wird hier die Hypothese der formalen Inzidenz zugrunde gelegt. Diese Auffassung folgt dem gegenwärtigen finanzwissenschaftlichen Erkenntnisstand, "daß eine (fast) vollständige Fort- und Weiterwälzung ... für die in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Nettoumsatzsteuer als plausibel gelten (darf)" (Pohmer, 1980, S. 706) bzw. "daß die Überwälzung langfristig weitgehend gelingt" (Zimmermann/Henke, 1987, S. 258).

Gemäß der Fragestellung geht es ausschließlich um Verteilungswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung. Die Auswirkungen auf die übrigen wirtschaftspolitischen Parameter wie etwa auf Konjunktur und Wachstum bleiben daher außer Betracht. Deshalb wird gleichzeitig angenommen, daß die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes nicht zum Abbau der öffentlichen Verschuldung verwendet oder von der Senkung einer anderen Steuer z.B. der Einkommensteuer begleitet wird, womit ihre Verteilungswirkung möglicherweise verschoben werden würde. Vielmehr wird unterstellt, das erhöhte Mehrwertsteueraufkommen diene ausschließlich der Deckung eines exogen vorgegebenen finanziellen Mehrbedarfs, wie

1) So wird etwa festgestellt: "Nach der letzten Erhöhung im Jahr 1983 blieben die Preise ganzer Gütergruppen tatsächlich nahezu unverändert". Siehe Wirtschaftswoche vom 17.7.1987, Nr. 30, S. 15.

er etwa bei einer erforderlichen Aufstockung der deutschen Beiträge für den Haushalt der Europäischen Gemeinschaft vorliegen könnte. Dann entfällt zugleich die Notwendigkeit, in einer gesamtwirtschaftlichen Kreislaufanalyse Entzugs- und Ausgabenefekte gegenüberzustellen (sofern von Einflüssen auf Import und Export abgesehen werden kann).

Zudem wird von einer auch nach der Mehrwertsteueranhebung unveränderten Verbrauchsstruktur der privaten Haushalte ausgegangen. Bei einem identischen Budget führt dies folglich zu einem Anstieg der Konsumquote, weshalb bei allen Haushaltsgruppen ausreichende Ersparnisreserven vorauszusetzen sind. Die vollständige Überwälzung der Mehrwertsteuererhöhung hat weiterhin zur Bedingung, daß sie mit einer gleichzeitig expansiven Geldpolitik einhergeht. Ansonsten würden sich in gesamtwirtschaftlicher Perspektive bei Preissteigerungen in einem Bereich immer Preissenkungen in einem anderen Bereich ergeben. Aber selbst Rückwälzungen in Form von z.B. niedrigeren Lohnzahlungen sind bei der hier gegebenen Hypothese der formalen Inzidenz ausgeschlossen.

Diese grundlegenden Annahmen sind stets mit zu berücksichtigen, wenn die Ergebnisse der folgenden Analyse zur Interpretation anstehen.

IV. Einkommens- und Verbrauchsstichproben als empirische Grundlage

Die Frage nach den Belastungswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung für Familien ist nur dann zufriedenstellend zu beantworten, wenn eine ausreichend tief gegliederte Schichtung der Verbrauchsausgaben und des verfügbaren Einkommens von unterschiedlichen Familientypen vorliegt. Diesem Erfordernis wird im Bereich der amtlichen Statistik lediglich eine einzige Erhebung gerecht, nämlich die "Einkommens- und Verbrauchsstichproben". Zwar werden auch mit den "Laufenden Wirtschaftsrechnungen" regelmäßig detaillierte Angaben über die Verwendung des privaten Verbrauchs zur Verfügung gestellt, jedoch sind diese Zahlen auf drei ausgewählte, eng abgegrenzte Haushaltstypen beschränkt. Allein die Einkommens- und Verbrauchsstichproben liefern daher Ergebnisse, die nach Kinderzahl und Einkommensklassen untergliedert sind und somit für die hier verfolgte Zielsetzung herangezogen werden können.

Die im fünfjährigen Turnus auf freiwilliger Basis durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichproben umfassen etwa 50 000 private Haushalte, die ein Jahr lang in sog. "Haushaltungsbüchern" Einnahmen und Ausgaben festhalten. Damit sollen für möglichst viele Bevölkerungsgruppen "Informationen über Höhe, Zusammensetzung und Verteilung der Haushaltseinkommen, über Höhe und Struktur der Ausgaben für den Privaten Verbrauch und der geleisteten Einkommensübertragungen, über Umfang und Art der Ersparnisbildung sowie über sonstige, für das Lebensniveau der Haushalte wichtige Tatbestände gesammelt werden" (Euler, 1982, S. 433). Als empirische Basis dienen im folgenden die Daten der letzten beiden Erhebungen von 1978 und 1983. Dies gestattet zugleich zu überprüfen, ob sich im Zeitverlauf möglicherweise Veränderungen in den Belastungsprofilen nachzeichnen lassen.

Nach dem "Schlüsselverzeichnis der Ausgaben für den Privaten Verbrauch" in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 ergibt sich eine Untergliederung in neun Hauptgruppen:

Nahrungs- und Genußmittel
Kleidung, Schuhe
Wohnungsmieten u.ä.
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.
Übrige Güter für die Haushaltsführung
Verkehr, Nachrichtenübermittlung
Körper- und Gesundheitspflege
Bildung und Unterhaltung
Persönliche Ausstattung u.ä.

Das Umsatzsteuergesetz vom 26.11.1979 regelt in § 4 (Steuerbefreiungen bei Lieferungen, sonstigen Leistungen und Eigenverbrauch) sowie in § 12 (Steuersätze), welche Güter und Dienstleistungen von der Mehrwertsteuer ausgenommen sind und welche mit dem halben Steuersatz belegt sind. Eine entsprechende Zuordnung zu den Einzelposten des in den Einkommens- und Verbrauchsstichproben aufgegliederten privaten Verbrauchs führt zu folgenden von der Mehrwertsteuer befreiten Konsumbereichen:

Wohnungsmiete
Garagenmiete
Dienstleistungen für Gesundheitspflege
Kultur-, Sport- u.ä. Veranstaltungen
Sonstige Bildungskosten

Zu den in den Hauptgruppen enthaltenen Gütern, auf die der halbe Mehrwertsteuersatz angelegt wird, werden gerechnet:

Nahrungsmittel
Blumen
Fahrtkosten für fremde Verkehrsmittel (ohne Urlaub)
Gebrauchsgüter für Gesundheitspflege
Bücher
Zeitungen, Zeitschriften

Bei einem Blick auf die Angaben zum privaten Verbrauch bzw. zum verfügbaren Einkommen von Ehepaaren untergliedert nach Einkom-

mensklassen und Kinderzahl, wie sie das Statistische Bundesamt in seiner Fachserie 15 veröffentlicht (siehe dazu die Tabellen 1 bis 4 im Anhang), zeigt sich zunächst, daß in den unteren Einkommensklassen wegen zu geringer Fallzahlen (weniger als 30 Haushalte) keine Angaben für Mehr-Kinder-Familien zur Verfügung gestellt werden können. Für die übrigen Merkmalsgruppierungen liegen jedoch Ergebnisse vor, so daß zumindest die trendmäßige Entwicklung der Belastungsverläufe einer Mehrwertsteuererhöhung in Abhängigkeit von Einkommensklassen und Kinderzahl abgebildet werden kann.

In der Bundesrepublik Deutschland betrug der Mehrwertsteuersatz 1978 12 %. Am 1.7.1979 wurde er auf 13 % und am 1.7.1983 auf 14 % erhöht. Die Auswirkungen dieser Anhebungen auf das Budget von Familien lassen sich nachvollziehen, wenn die jeweiligen Daten über den privaten Verbrauch so umgerechnet werden, daß die von der Mehrwertsteuer befreiten Konsumbereiche in der Kalkulation ebenso berücksichtigt werden wie jene Güter, für die sich der (halbe) Mehrwertsteuersatz von 6 % auf 6,5 % bzw. von 6,5 % auf 7 % verändert hat (siehe dazu die Tabellen 5 und 6 im Anhang). Als Differenz resultiert ein "Mehraufwand für den privaten Verbrauch", wie er in den Übersichten 5 und 6 für die einzelnen nach Kinderzahl und Einkommensklassen gruppierten Familientypen aufgelistet ist.

Diese absoluten Werte lassen bereits eindeutige Entwicklungslinien erkennen. Sie gewinnen aber an Aussagekraft, wenn sie als Verhältniszahlen umgerechnet werden, indem sie in Beziehung zum privaten Verbrauch und zum verfügbaren Einkommen gesetzt werden.

Auf der Grundlage solcher Berechnungen lassen sich nunmehr empirisch gestützte Ergebnisse ableiten und als "Trendaussagen" über die Belastungswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung für Familien interpretieren.

Übersicht 5

Mehraufwand für den privaten Verbrauch (EVS 1978) von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommensklassen (Haushaltsnettoeinkommen) nach einer MWSt-Erhöhung von 12 % auf 13 % in DM

| Einkommen (von ... bis unter ... DM) | Kinderzahl | | | | | | |
|---|----------------|-------|-------|-------|-------|-------|-----------|
| | insge- samt | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| insgesamt | 16,96 | 14,13 | 18,01 | 19,54 | 20,18 | 20,31 | 21,48 |
| unter 1600 | 7,11 | 6,92 | 9,19 | - | - | - | - |
| 1600-1800 | 9,65 | 9,62 | 9,77 | 9,89 | - | - | - |
| 1800-2000 | 11,00 | 10,54 | 11,98 | 11,93 | - | - | - |
| 2000-2200 | 11,93 | 11,69 | 12,37 | 12,22 | - | - | - |
| 2200-2500 | 13,41 | 13,00 | 13,81 | 13,89 | 12,79 | - | - |
| 2500-3000 | 15,43 | 15,01 | 15,91 | 15,76 | 15,03 | 14,37 | - |
| 3000-3500 | 17,67 | 17,44 | 18,07 | 17,72 | 17,16 | 17,76 | - |
| 3500-4000 | 19,90 | 19,64 | 20,04 | 20,43 | 19,37 | 18,56 | - |
| 4000-5000 | 22,52 | 22,06 | 22,69 | 22,88 | 22,71 | 21,65 | 21,61 |
| 5000-20000 | 28,19 | 26,77 | 27,80 | 28,77 | 29,02 | 28,92 | 29,29 |

Übersicht 6

Mehraufwand für den privaten Verbrauch (EVS 1983) von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommensklassen (Haushaltsnettoeinkommen) nach einer MWSt-Erhöhung von 13 % auf 14 % in DM

| Einkommen (von ... bis unter ...DM) | Kinderzahl | | | | | | |
|--|----------------|-------|-------|-------|-------|-------|-----------|
| | insge- samt | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| insgesamt | 19,97 | 17,03 | 20,92 | 22,58 | 24,18 | 24,88 | 26,91 |
| unter 1600 | 7,59 | 7,11 | 9,77 | - | - | - | - |
| 1600-1800 | 9,26 | 8,42 | 9,42 | - | - | - | - |
| 1800-2000 | 10,54 | 10,30 | 11,31 | - | - | - | - |
| 2000-2200 | 11,31 | 11,14 | 12,00 | 11,35 | - | - | - |
| 2200-2500 | 13,07 | 12,74 | 13,88 | 13,29 | - | - | - |
| 2500-3000 | 15,11 | 14,71 | 15,63 | 15,29 | 16,33 | - | - |
| 3000-3500 | 17,36 | 17,10 | 17,64 | 17,68 | 17,16 | - | - |
| 3500-4000 | 19,54 | 19,75 | 19,49 | 19,58 | 18,96 | - | - |
| 4000-5000 | 22,13 | 21,60 | 22,50 | 22,47 | 21,99 | 21,04 | - |
| 5000-25000 | 29,09 | 28,37 | 28,48 | 29,50 | 30,12 | 30,78 | 32,23 |

V. Trends der Belastungsprofile

Wird als Bezugsbasis für den aus der Mehrwertsteueranhebung resultierenden Mehraufwand zunächst der private Verbrauch herangezogen, ergibt sich die in den Übersichten 7 und 8 aufgelistete Verteilung. Hier fällt zunächst auf, daß eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 % die Verbrauchsausgaben nur zwischen 0,5 % und 0,7 % ansteigen läßt und zwar offensichtlich mit abnehmender Tendenz von 1978 bis 1983. Dies deutet möglicherweise darauf hin, daß sich der Anteil der Gütergruppen, die von der Mehrwertsteuer ausgenommen sind oder auf die der halbe Steuersatz gelegt wird, im Budget der privaten Haushalte im Zeitverlauf etwas erhöht haben könnte.

Bei den hier ermittelten relativ geringen absoluten Veränderungen ist zu bedenken, daß in der Berechnung lediglich die Steuersatzanhebung um jeweils 1 % nachvollzogen wurde. In der politischen Diskussion könnte dagegen in Zukunft, insbesondere vor dem Hintergrund der geplanten Steuerharmonisierung in der Europäischen Gemeinschaft, mit wesentlich stärkeren Anhebungen operiert werden. Wäre etwa - um ein Extrembeispiel zu wählen - eine Erhöhung auf den gegenwärtig in Irland bestehenden Mehrwertsteuersatz von 25 % zugrunde gelegt worden, wäre für den Differenzbetrag mehr als Zehnfache zu veranschlagen gewesen. Damit dürfte die "Schwelle der Fühlbarkeit" im Budget privater Haushalte zweifellos überschritten werden.

Sowohl die Daten von 1978 als auch die von 1983 sprechen dafür, daß die zusätzliche Belastung keineswegs unabhängig von der Kinderzahl ist. Wie der "insgesamt-Zeile", in der nicht nach Einkommensklassen differenziert wird, zu entnehmen ist, wird das Budget von der Steuererhöhung um so weniger getroffen, je mehr Kinder von einem Elternpaar zu versorgen sind. Es lassen sich allerdings keine Aussagen darüber abgeben, ob dieser Trend in den unteren Einkommensgruppen eventuell abgeschwächt oder durchbrochen wird, da für die Mehr-Kinder-Familien keine Angaben verfügbar sind. Ansonsten scheint in jeder Einkommensklasse

ein einheitlicher Verlauf vorzuliegen, so daß als erste Trendaussage festzuhalten ist:

Unabhängig vom Einkommensniveau nimmt die Belastung des privaten Verbrauchs durch eine Mehrwertsteuererhöhung mit steigender Kinderzahl ab.

Demgegenüber ist bei den Belastungsverläufen mit wachsendem Einkommen kein signifikanter Einfluß durch die Kinderzahl zu verzeichnen. Wird von der untersten Einkommensgruppe abgesehen, steigt die Belastung in beiden herangezogenen Zeiträumen zunächst an und pendelt sich ab den mittleren Einkommensklassen auf etwa gleicher Höhe ein. Die zweite Trendaussage hat daher zum Inhalt:

Bei jeder Kinderzahl belastet eine Mehrwertsteuererhöhung den privaten Verbrauch vom unteren bis zum mittleren Einkommensbereich progressiv sowie im mittleren und oberen Einkommensbereich proportional.

Der private Verbrauch wird somit in unteren Einkommensschichten und kinderreichen Familien von einer Mehrwertsteuererhöhung relativ weniger betroffen, d.h. in deren Haushaltsbudget sind mehr Ausgabenbereiche vertreten, die von der Mehrwertsteuer befreit oder nur mit dem halben Satz belegt sind.

Diese Verteilungswirkung wird jedoch von einem gegenläufigen Effekt begleitet. Mit steigendem Einkommen wird ein absolut und relativ immer größerer Betrag gespart und damit - für die Dauer der Ersparnisbildung - von der Mehrwertsteuer nicht berührt. Allerdings deutet der Verlauf der Konsumquoten in Abhängigkeit vom Haushaltsnettoeinkommen und von der Kinderzahl (siehe dazu die Tabellen 7 und 8 im Anhang) gleichzeitig darauf hin, daß der für den privaten Verbrauch verausgabte Teil des verfügbaren Einkommens mit steigender Kinderzahl keineswegs kontinuierlich zunimmt.

Übersicht 7

Mehraufwand für den privaten Verbrauch von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommensklassen (Haushaltsnettoeinkommen) nach einer MWSt-Erhöhung von 12 % auf 13 % in Relation zum privaten Verbrauch (EVS 1978) in Prozent

| Einkommen (von ... bis unter ... DM) | Kinderzahl | | | | | | |
|---|----------------|------|------|------|------|------|-----------|
| | insge- samt | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| insgesamt | 0,65 | 0,65 | 0,66 | 0,66 | 0,64 | 0,63 | 0,62 |
| unter 1600 | 0,59 | 0,59 | 0,63 | - | - | - | - |
| 1600-1800 | 0,63 | 0,63 | 0,62 | 0,63 | - | - | - |
| 1800-2000 | 0,64 | 0,63 | 0,65 | 0,64 | - | - | - |
| 2000-2200 | 0,64 | 0,64 | 0,64 | 0,63 | - | - | - |
| 2200-2500 | 0,65 | 0,65 | 0,65 | 0,64 | 0,61 | - | - |
| 2500-3000 | 0,65 | 0,67 | 0,66 | 0,65 | 0,63 | 0,62 | - |
| 3000-3500 | 0,66 | 0,68 | 0,67 | 0,65 | 0,64 | 0,63 | - |
| 3500-4000 | 0,66 | 0,67 | 0,68 | 0,66 | 0,64 | 0,62 | - |
| 4000-5000 | 0,66 | 0,67 | 0,67 | 0,65 | 0,64 | 0,64 | 0,63 |
| 5000-20000 | 0,66 | 0,67 | 0,67 | 0,66 | 0,64 | 0,64 | 0,64 |

Übersicht 8

Mehraufwand für den privaten Verbrauch von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommensklassen (Haushaltsnettoeinkommen) nach einer MWSt-Erhöhung von 13 % auf 14 % in Relation zum privaten Verbrauch (EVS 1983) in Prozent

| Einkommen (von ... bis unter ...DM) | Kinderzahl | | | | | | |
|--|----------------|------|------|------|------|------|-----------|
| | insge- samt | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| insgesamt | 0,63 | 0,63 | 0,63 | 0,62 | 0,61 | 0,60 | 0,60 |
| unter 1600 | 0,56 | 0,55 | 0,60 | - | - | - | - |
| 1600-1800 | 0,58 | 0,53 | 0,54 | - | - | - | - |
| 1800-2000 | 0,59 | 0,59 | 0,59 | - | - | - | - |
| 2000-2200 | 0,59 | 0,59 | 0,60 | 0,58 | - | - | - |
| 2200-2500 | 0,61 | 0,61 | 0,61 | 0,60 | - | - | - |
| 2500-3000 | 0,62 | 0,62 | 0,62 | 0,61 | 0,61 | - | - |
| 3000-3500 | 0,63 | 0,64 | 0,62 | 0,61 | 0,61 | - | - |
| 3500-4000 | 0,63 | 0,65 | 0,63 | 0,61 | 0,60 | - | - |
| 4000-5000 | 0,63 | 0,64 | 0,64 | 0,62 | 0,60 | 0,59 | - |
| 5000-25000 | 0,63 | 0,65 | 0,64 | 0,63 | 0,62 | 0,61 | 0,61 |

Die Betrachtung von Belastungswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung für Familien hat daher in einem weiteren Untersuchungsschritt das verfügbare Einkommen als Bezugsbasis heranzuziehen. Für diesen Zweck wird in den Übersichten 9 und 10 nicht auf das Haushaltsnettoeinkommen, sondern auf die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen zurückgegriffen, die zusätzlich noch Vermögensübertragungen und Einnahmen aus dem Verkauf von Waren beinhalten und folglich das monatlich zur Verfügung stehende Einkommen am besten abbilden.

Wenn nicht nach Einkommensklassen untergliedert wird, sprechen die Daten dieser Übersichten zunächst dafür, daß bei einer Mehrwertsteuererhöhung auch das verfügbare Einkommen mit steigender Kinderzahl relativ weniger belastet wird. Wird das Einkommen dagegen aufgefächert, zeichnet sich zumindest ab dem mittleren Einkommensbereich ein eher proportionaler Belastungsverlauf ab.

Allerdings werden offensichtlich in den unteren Einkommensklassen kinderlose Ehepaare relativ begünstigt. Diese Haushalte setzen sich jedoch vermutlich zum überwiegenden Teil aus einkommensschwachen Rentnerehepaaren zusammen, in denen die Ehefrau meist keine eigene Rente bezieht, da sie sich um die Erziehung ihrer Kinder gekümmert und deshalb auf Erwerbstätigkeit verzichtet hat. Gegen die Begünstigung wäre somit aus familienpolitischen Erwägungen heraus nichts einzuwenden. Negativ zu beurteilen wäre unter diesem Blickwinkel dagegen der Verlauf in den Ehen mit besonders hohem Einkommen. Hier führt die beträchtliche Sparfähigkeit der kinderlosen Ehen offenbar dazu, daß sie von einer Mehrwertsteueranhebung am wenigsten getroffen werden, während in der gesamten Einkommensklasse mit steigender Kinderzahl eine Belastungszunahme einhergeht. Diese Entwicklung hat sich jedoch von 1978 bis 1983 ebenfalls einem proportionalen Verlauf angenähert.

Wenn von solchen Randbewegungen abgesehen wird, ist als dritte Trendaussage herauszustellen:

Die Belastung des verfügbaren Einkommens durch eine Mehrwertsteuererhöhung verläuft in den einzelnen Einkommensklassen mit zunehmender Kinderzahl weitgehend proportional.

Recht eindeutig ist die Entwicklung entlang der Einkommensstufen. Wie die "insgesamt-Spalte" verdeutlicht, scheint in beiden betrachteten Zeiträumen zunächst eine gleichbleibende Wirkung vorzuliegen, die dann bei jeder Kinderzahl immer merklicher in eine abnehmende Belastung übergeht. Somit lautet die vierte Trendaussage:

Die Kinderzahl hat keinen nachweisbaren Einfluß darauf, daß das verfügbare Einkommen infolge einer Mehrwertsteuererhöhung vom unteren bis zum mittleren Einkommensbereich proportional und im mittleren und oberen Einkommensbereich regressiv belastet wird.

Die These einer regressiven Verteilungswirkung der Mehrwertsteuer wird somit durch das hier verwendete empirische Material auch dann nur teilweise gestützt, wenn auf das verfügbare Einkommen Bezug genommen wird. Dies verdeutlicht noch einmal Übersicht 11, in der die Trendaussagen über die Belastungswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung für Familien schematisch dargestellt sind.

Allerdings ist bei den hier ermittelten, auf tendenzielle Auswirkungen abhebenden Aussagen stets zu beachten, daß die Analyse auf einigen grundlegenden Annahmen beruht. Werden diese Modellimplikationen etwa dahingehend erweitert, daß parallel mit einer Mehrwertsteuererhöhung zusätzliche steuerpolitische Maßnahmen ergriffen werden, die das Budget von Familien ebenfalls beeinflussen, ist es somit denkbar, daß die aufgeführten Wirkungsverläufe abgeschwächt oder aber verstärkt werden.

Übersicht 9

Mehraufwand für den privaten Verbrauch von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommensklassen (Haushaltsnettoeinkommen) nach einer ^{a)} MWSt-Erhöhung von 12 % auf 13 % in Relation zum verfügbaren Einkommen (EVS 1978) in Prozent

| Einkommen (von ... bis unter ... DM) | Kinderzahl | | | | | | |
|---|----------------|------|------|------|------|------|-----------|
| | insge- samt | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| insgesamt | 0,49 | 0,50 | 0,50 | 0,49 | 0,47 | 0,47 | 0,46 |
| unter 1600 | 0,55 | 0,54 | 0,62 | - | - | - | - |
| 1600-1800 | 0,55 | 0,55 | 0,54 | 0,56 | - | - | - |
| 1800-2000 | 0,55 | 0,54 | 0,58 | 0,57 | - | - | - |
| 2000-2200 | 0,55 | 0,54 | 0,56 | 0,54 | - | - | - |
| 2200-2500 | 0,55 | 0,54 | 0,55 | 0,55 | 0,52 | - | - |
| 2500-3000 | 0,54 | 0,53 | 0,54 | 0,54 | 0,53 | 0,52 | - |
| 3000-3500 | 0,52 | 0,52 | 0,53 | 0,52 | 0,51 | 0,51 | - |
| 3500-4000 | 0,51 | 0,50 | 0,51 | 0,52 | 0,50 | 0,49 | - |
| 4000-5000 | 0,48 | 0,47 | 0,48 | 0,49 | 0,49 | 0,47 | 0,47 |
| 5000-20000 | 0,40 | 0,37 | 0,40 | 0,41 | 0,41 | 0,44 | 0,44 |

a) Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen

Übersicht 10

Mehraufwand für den privaten Verbrauch von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommensklassen (Haushaltsnettoeinkommen) nach einer ^{a)} MWSt-Erhöhung von 13 % auf 14 % in Relation zum verfügbaren Einkommen (EVS 1983) in Prozent

| Einkommen (von ... bis unter ...DM) | Kinderzahl | | | | | | |
|--|----------------|------|------|------|------|------|-----------|
| | insge- samt | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| insgesamt | 0,47 | 0,47 | 0,47 | 0,46 | 0,45 | 0,43 | 0,43 |
| unter 1600 | 0,54 | 0,53 | 0,66 | - | - | - | - |
| 1600-1800 | 0,54 | 0,49 | 0,54 | - | - | - | - |
| 1800-2000 | 0,54 | 0,54 | 0,57 | - | - | - | - |
| 2000-2200 | 0,53 | 0,52 | 0,56 | 0,53 | - | - | - |
| 2200-2500 | 0,55 | 0,53 | 0,57 | 0,55 | - | - | - |
| 2500-3000 | 0,54 | 0,52 | 0,55 | 0,53 | 0,57 | - | - |
| 3000-3500 | 0,52 | 0,51 | 0,52 | 0,52 | 0,52 | - | - |
| 3500-4000 | 0,51 | 0,51 | 0,50 | 0,51 | 0,49 | - | - |
| 4000-5000 | 0,48 | 0,47 | 0,49 | 0,48 | 0,48 | 0,47 | - |
| 5000-25000 | 0,41 | 0,40 | 0,42 | 0,41 | 0,42 | 0,41 | 0,42 |

a) Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen

Übersicht 11

Belastungswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung für Familien
im Überblick

| Belastungsverlauf bei | | |
|--------------------------|-----------------------|--|
| Bezugsbasis | steigender Kinderzahl | wachsendem Einkommen |
| privater Verbrauch | fallend | zunächst progressiv dann proportional |
| verfügbares Einkommen | proportional | zunächst proportional dann regressiv |

VI. Resumee und Ausblick

Die Belastungswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung für Familien hängen - sofern von Überwälzungsvorgängen und sonstigen steuerpolitischen Entscheidungen abgesehen wird - in erster Linie von der jeweiligen Ausgabenstruktur ab, da zahlreiche Gütergruppen von der Mehrwertsteuer ganz ausgenommen oder nur mit dem halben Steuersatz belegt sind. Eine empirisch gestützte Beurteilung hat folglich eine detaillierte Aufgliederung des privaten Verbrauchs von Familien mit unterschiedlicher Kinderzahl in verschiedenen Einkommensgruppen zur Voraussetzung.

In der vorliegenden Studie ist der Versuch unternommen worden, eine solche Analyse auf der Basis von Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1978 und 1983 durchzuführen. Obwohl für die unteren Einkommensklassen keine Angaben für die Mehr-Kinder-Familien verfügbar sind, korrigieren die erzielten Ergebnisse doch ein häufig anzutreffendes Vorurteil.

Weder beim privaten Verbrauch noch beim verfügbaren Einkommen als Bezugsbasis kann davon gesprochen werden, kinderreiche Familien würden von einer Mehrwertsteuererhöhung besonders getroffen. Beim privaten Verbrauch scheint vielmehr mit steigender Kinderzahl eine abnehmende und beim verfügbaren Einkommen eine proportionale Belastung gegeben zu sein. Eine Betrachtung entlang der Einkommensstufen läßt beim privaten Verbrauch ebenfalls keinen regressiven Verteilungseffekt ersichtlich werden. Diese Belastungswirkungen sind im Zeitablauf offenbar weitgehend identisch geblieben. Erst wenn das über die Verbrauchsausgaben hinausgehende gesamte verfügbare Einkommen herangezogen wird, ist eine "unsoziale Verteilungswirkung" unverkennbar. Hier führt die einkommensabhängige Sparquote dazu, daß - solange die Ersparnisse nicht aufgelöst werden - bei jeder Kinderzahl die Belastung durch eine Mehrwertsteueranhebung mit wachsendem Einkommen abnimmt.

Dies läßt aber das zentrale Ergebnis der vorliegenden Untersuchung unberührt, daß die These, eine Mehrwertsteuererhöhung belastete weit überdurchschnittlich kinderreiche Familien, von dem empirischen Befund nicht gestützt wird.

Zudem ließen sich die den aufgestellten Trendaussagen zugrunde liegenden Wirkungsverläufe vermutlich verstärken, wenn bei einer Mehrwertsteuererhöhung gleichzeitig einige steuerpolitische Maßnahmen durchgeführt werden würden, die konsequent an familienpolitischen Zielvorstellungen ausgerichtet wären. So böte es sich beispielsweise an, den verminderten Satz für Güter des lebensnotwendigen Bedarfs nicht anzuheben. Darüber hinaus könnte daran gedacht werden, eine nachdrücklich an der Kinderzahl orientierte Umstrukturierung der "direkten" Steuern vorzunehmen - Aufwendungen der Eltern für das sozial-kulturelle Existenzminimum von Kindern bleiben nach wie vor keineswegs in voller Höhe einkommensteuerfrei (siehe dazu auch Wingen, 1988, S. 81 ff.) -, oder es könnte erwogen werden, zumindest einen Teil der resultierenden Steuermehreinnahmen unmittelbar den Familien als Transferzahlungen zukommen zu lassen. Den mit der Anhebung der Mehrwertsteuer einhergehenden Entzugseffekten stünden dann stets Zuführungseffekte gegenüber, die in diesem Falle bei einer Bestimmung der Belastungswirkungen beide berücksichtigt werden müßten. Folglich böte eine Mehrwertsteuererhöhung je nach Ausgestaltung möglicherweise sogar Ansatzpunkte für eine familienfreundlichere Steuerpolitik.

Anhang

Zusammenstellung des in der empirischen Untersuchung verwendeten Datenmaterials auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben von 1978 und 1983

Anhang

Tabelle 1

Aufwendungen für den privaten Verbrauch (EVS 1978) von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommensklassen (Haushaltsnettoeinkommen) in DM

| Einkommen (von ... bis unter ...DM) | Kinderzahl | | | | | | |
|--|----------------|---------|---------|---------|---------|---------|-----------|
| | insge- samt | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| insgesamt | 2596,03 | 2158,64 | 2712,24 | 2974,87 | 3157,13 | 3228,23 | 3461,62 |
| unter 1600 | 1200,03 | 1173,33 | 1458,08 | - | - | - | - |
| 1600-1800 | 1542,45 | 1529,16 | 1586,08 | 1560,11 | - | - | - |
| 1800-2000 | 1728,90 | 1666,22 | 1853,92 | 1859,59 | - | - | - |
| 2000-2200 | 1868,32 | 1826,66 | 1922,75 | 1927,07 | - | - | - |
| 2200-2500 | 2073,42 | 1990,51 | 2123,29 | 2171,60 | 2087,17 | - | - |
| 2500-3000 | 2355,97 | 2257,12 | 2400,31 | 2441,74 | 2394,18 | 2322,77 | - |
| 3000-3500 | 2672,82 | 2580,20 | 2698,47 | 2733,47 | 2700,28 | 2828,47 | - |
| 3500-4000 | 3000,12 | 2922,95 | 2967,15 | 3106,64 | 3035,99 | 2972,19 | - |
| 4000-5000 | 3407,91 | 3279,20 | 3380,58 | 3499,10 | 3543,37 | 3393,47 | 3448,07 |
| 5000-20000 | 4278,40 | 3993,93 | 4177,04 | 4347,07 | 4506,27 | 4549,63 | 4589,61 |

Quelle: Zusammengestellt nach Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978, Fachserie 15, Heft 5.

Tabelle 2

Verfügbares Einkommen^{a)} (EVS 1978) von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommens-
klassen (Haushaltsnettoeinkommen) in DM

| Einkommen (von ... bis unter ... DM) | Kinderzahl | | | | | | |
|---|----------------|---------|---------|---------|---------|---------|-----------|
| | insge- samt | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| insgesamt | 3427,09 | 2817,61 | 3579,53 | 3969,18 | 4249,67 | 4273,14 | 4698,02 |
| unter 1600 | 1303,90 | 1293,16 | 1476,08 | - | - | - | - |
| 1600-1800 | 1758,27 | 1749,49 | 1802,69 | 1760,98 | - | - | - |
| 1800-2000 | 1987,03 | 1955,12 | 2060,49 | 2069,99 | - | - | - |
| 2000-2200 | 2183,20 | 2162,14 | 2195,79 | 2250,58 | - | - | - |
| 2200-2500 | 2455,83 | 2408,03 | 2507,45 | 2528,22 | 2443,23 | - | - |
| 2500-3000 | 2876,00 | 2841,84 | 2926,05 | 2930,16 | 2834,70 | 2768,73 | - |
| 3000-3500 | 3382,59 | 3369,60 | 3387,82 | 3427,80 | 3351,10 | 3465,48 | - |
| 3500-4000 | 3905,57 | 3916,56 | 3923,17 | 3934,60 | 3879,90 | 3821,23 | - |
| 4000-5000 | 4684,81 | 4677,16 | 4721,86 | 4703,00 | 4681,80 | 4591,08 | 4638,37 |
| 5000-20000 | 6974,85 | 7173,64 | 6913,79 | 7046,96 | 7036,34 | 6630,20 | 6661,55 |

a) Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen

Quelle: Zusammengestellt nach Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Einkommens- und
Verbrauchsstichprobe 1978, Fachserie 15, Heft 4.

Anhang

Tabelle 3

Aufwendungen für den privaten Verbrauch (EVS 1983) von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommensklassen (Haushaltsnettoeinkommen) in DM

| Einkommen (von ... bis unter ...DM) | Kinderzahl | | | | | | |
|--|----------------|---------|---------|---------|---------|---------|-----------|
| | insge- samt | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| insgesamt | 3189,53 | 2708,51 | 3314,11 | 3639,06 | 3948,63 | 4124,89 | 4497,12 |
| unter 1600 | 1362,60 | 1299,39 | 1630,73 | - | - | - | - |
| 1600-1800 | 1608,57 | 1574,73 | 1749,55 | - | - | - | - |
| 1800-2000 | 1788,12 | 1748,18 | 1914,26 | - | - | - | - |
| 2000-2200 | 1908,84 | 1878,34 | 2005,99 | 1958,88 | - | - | - |
| 2200-2500 | 2140,38 | 2081,45 | 2261,13 | 2207,73 | - | - | - |
| 2500-3000 | 2439,42 | 2360,32 | 2511,18 | 2520,72 | 2662,24 | - | - |
| 3000-3500 | 2776,93 | 2684,72 | 2824,66 | 2889,29 | 2829,12 | - | - |
| 3500-4000 | 3098,50 | 3043,47 | 3087,14 | 3185,19 | 3169,41 | - | - |
| 4000-5000 | 3510,06 | 3353,80 | 3536,95 | 3622,91 | 3640,02 | 3568,12 | - |
| 5000-25000 | 4587,99 | 4361,19 | 4459,12 | 4699,23 | 4866,99 | 5021,93 | 5318,43 |

Quelle: Zusammengestellt nach Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, Fachserie 15, Heft 5.

Tabelle 4.

Verfügbares Einkommen^{a)} (EVS 1983) von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommens-
klassen (Haushaltsnettoeinkommen) in DM

| Einkommen (von ... bis unter ...DM) | Kinderzahl | | | | | | |
|--|----------------|---------|---------|---------|---------|---------|-----------|
| | insge- samt | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| insgesamt | 4273,08 | 3588,57 | 4412,43 | 4925,62 | 5400,62 | 5788,74 | 6286,73 |
| unter 1600 | 1403,63 | 1340,00 | 1488,19 | - | - | - | - |
| 1600-1800 | 1724,45 | 1716,79 | 1730,21 | - | - | - | - |
| 1800-2000 | 1936,18 | 1924,53 | 1967,98 | - | - | - | - |
| 2000-2200 | 2131,33 | 2125,14 | 2159,67 | 2122,51 | - | - | - |
| 2200-2500 | 2395,81 | 2385,81 | 2417,10 | 2401,65 | - | - | - |
| 2500-3000 | 2821,20 | 2805,04 | 2818,60 | 2861,53 | 2886,25 | - | - |
| 3000-3500 | 3355,16 | 3328,31 | 3391,95 | 3374,39 | 3318,49 | - | - |
| 3500-4000 | 3851,81 | 3839,79 | 3861,36 | 3869,66 | 3835,68 | - | - |
| 4000-5000 | 4627,49 | 4601,48 | 4636,70 | 4660,25 | 4624,18 | 4519,41 | - |
| 5000-25000 | 7088,46 | 7115,37 | 6833,95 | 7148,22 | 7257,36 | 7576,00 | 7588,29 |

a) Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen

Quelle: Zusammengestellt nach Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Einkommens- und
Verbrauchsstichprobe 1983, Fachserie 15, Heft 4.

Anhang

Tabelle 5

Aufwendungen für den privaten Verbrauch (EVS 1978) von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommensklassen (Haushaltsnettoeinkommen) nach einer MWSt-Erhöhung von 12 % auf 13 % in DM

| Einkommen (von ... bis unter ...DM) | Kinderzahl | | | | | | |
|--|----------------|---------|---------|---------|---------|---------|-----------|
| | insge- samt | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| insgesamt | 2612,99 | 2172,77 | 2730,25 | 2994,26 | 3177,24 | 3248,54 | 3483,10 |
| unter 1600 | 1207,14 | 1180,25 | 1467,27 | - | - | - | - |
| 1600-1800 | 1552,10 | 1538,78 | 1595,85 | 1570,00 | - | - | - |
| 1800-2000 | 1739,90 | 1676,76 | 1865,90 | 1871,52 | - | - | - |
| 2000-2200 | 1880,25 | 1838,35 | 1935,12 | 1939,29 | - | - | - |
| 2200-2500 | 2086,83 | 2003,51 | 2137,10 | 2185,49 | 2099,96 | - | - |
| 2500-3000 | 2371,40 | 2272,13 | 2416,22 | 2457,50 | 2409,21 | 2337,14 | - |
| 3000-3500 | 2690,49 | 2597,64 | 2716,54 | 2751,19 | 2717,44 | 2846,23 | - |
| 3500-4000 | 3020,02 | 2942,59 | 2987,19 | 3127,07 | 3055,36 | 2990,75 | - |
| 4000-5000 | 3430,43 | 3301,36 | 3403,27 | 3521,98 | 3566,08 | 3415,12 | 3469,68 |
| 5000-20000 | 4306,59 | 4020,70 | 4204,84 | 4375,84 | 4535,29 | 4578,55 | 4618,90 |

Tabelle 6

Aufwendungen für den privaten Verbrauch (EVS 1983) von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommensklassen (Haushaltsnettoeinkommen) nach einer MWSt-Erhöhung von 13 % auf 14 % in DM

| Einkommen (von ... bis unter ...DM) | Kinderzahl | | | | | | |
|--|----------------|---------|---------|---------|---------|---------|-----------|
| | insge- samt | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| insgesamt | 3209,50 | 2725,54 | 3335,03 | 3661,64 | 3972,81 | 4149,77 | 4524,03 |
| unter 1600 | 1370,19 | 1306,50 | 1640,50 | - | - | - | - |
| 1600-1800 | 1617,83 | 1583,15 | 1758,97 | - | - | - | - |
| 1800-2000 | 1798,66 | 1758,48 | 1925,57 | - | - | - | - |
| 2000-2200 | 1920,15 | 1889,48 | 2017,99 | 1970,23 | - | - | - |
| 2200-2500 | 2153,45 | 2094,19 | 2275,01 | 2221,02 | - | - | - |
| 2500-3000 | 2454,53 | 2375,03 | 2526,81 | 2536,01 | 2678,57 | - | - |
| 3000-3500 | 2794,29 | 2701,82 | 2842,30 | 2906,97 | 2846,28 | - | - |
| 3500-4000 | 3118,04 | 3063,22 | 3106,63 | 3204,77 | 3188,37 | - | - |
| 4000-5000 | 3532,19 | 3375,40 | 3559,45 | 3645,38 | 3662,01 | 3589,16 | - |
| 5000-25000 | 4617,08 | 4389,56 | 4487,60 | 4728,73 | 4897,11 | 5052,71 | 5350,66 |

Anhang

Tabelle 7

Konsumquoten (Relation des privaten Verbrauchs zu den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen - EVS 1978) von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommensklassen (Haushaltsnettoeinkommen) in Prozent

| Einkommen (von ... bis unter ... DM) | Kinderzahl | | | | | | |
|---|----------------|----|----|----|----|----|-----------|
| | insge- samt | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| insgesamt | 76 | 77 | 76 | 75 | 74 | 76 | 74 |
| unter 1600 | 92 | 91 | 99 | - | - | - | - |
| 1600-1800 | 88 | 87 | 88 | 89 | - | - | - |
| 1800-2000 | 87 | 85 | 90 | 90 | - | - | - |
| 2000-2200 | 86 | 84 | 88 | 86 | - | - | - |
| 2200-2500 | 84 | 83 | 85 | 86 | 85 | - | - |
| 2500-3000 | 82 | 79 | 82 | 83 | 84 | 84 | - |
| 3000-3500 | 79 | 77 | 80 | 80 | 81 | 82 | - |
| 3500-4000 | 77 | 75 | 76 | 79 | 78 | 78 | - |
| 4000-5000 | 73 | 70 | 72 | 74 | 76 | 74 | 74 |
| 5000-20000 | 61 | 56 | 60 | 62 | 64 | 69 | 69 |

Tabelle 8.

Konsumquoten (Relation des privaten Verbrauchs zu den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen - EVS 1983) von Ehepaaren nach Kinderzahl und Einkommensklassen (Haushaltsnettoeinkommen) in Prozent

| Einkommen (von ... bis unter ... DM) | Kinderzahl | | | | | | |
|---|----------------|----|-----|----|----|----|-----------|
| | insge- samt | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| insgesamt | 75 | 75 | 75 | 74 | 73 | 71 | 72 |
| unter 1600 | 97 | 97 | 110 | - | - | - | - |
| 1600-1800 | 93 | 92 | 101 | - | - | - | - |
| 1800-2000 | 92 | 91 | 97 | - | - | - | - |
| 2000-2200 | 90 | 88 | 93 | 92 | - | - | - |
| 2200-2500 | 89 | 87 | 94 | 92 | - | - | - |
| 2500-3000 | 86 | 84 | 89 | 88 | 92 | - | - |
| 3000-3500 | 83 | 81 | 83 | 86 | 85 | - | - |
| 3500-4000 | 80 | 79 | 80 | 82 | 83 | - | - |
| 4000-5000 | 76 | 73 | 76 | 78 | 79 | 79 | - |
| 5000-25000 | 65 | 61 | 65 | 66 | 67 | 66 | 70 |

Literaturhinweise

K.D. Bedau/G. Göseke: Die Belastung der privaten Haushalte mit indirekten Steuern, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 44/1977, S. 377-384.

M. Euler: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, in: Wirtschaft und Statistik, 6/1982, S. 433-437.

C. Folkers: Wandlungen der Verbrauchsbesteuerung, in: K. Häuser (Hrsg.), Wandlungen der Besteuerung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Band 160, Berlin 1987, S. 89-212.

G. Göseke/K.D. Bedau: Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1975, Beiträge zur Strukturforschung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 31, 1974.

P.-H. Huppertz/U. Wartenberg: Wirkt die Umsatzsteuer verteilungsneutral? in: Wirtschaftsdienst, 8/1978, S. 395-399.

W. Kitterer: Die Belastung der privaten Haushalte mit indirekten Steuern, in: Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 4/1978, S. 263-279.

W. Kitterer unter Mitarbeit von J. Fronia: Belastungswirkungen der Umsatzsteuer, Forschungsberichte des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung, Nr. 33, Tübingen 1981.

D. Pohmer: Allgemeine Umsatzsteuern, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, Band 2, 3. Aufl., Tübingen 1980, S. 647-707.

A. Rauscher: Die Familie als Träger intertemporaler Ausgleichsprozesse, in: P. Herder-Dorneich (Hrsg.), Dynamische Theorie der Sozialpolitik, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Band 123, Berlin 1981, S. 81-111.

B. Seidel: EG-Steuerharmonisierung: Geringe fiskalische Wirkungen für die Bundesrepublik Deutschland, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 7/1988, S. 91-101.

D. Teichmann/R. Zwiener: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen von Mehrwertsteuererhöhungen, in: Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 33, Berlin 1987, S. 137-148.

Transfer-Enquete-Kommission: Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1981.

M. Wingen: Familienförderung und ihre Finanzierung im Sozialleistungssystem - Stand und Perspektiven, in: Finanzarchiv, N.F., 1/1988, S. 70-103.

H. Zimmermann/K.D. Henke: Einführung in die Finanzwissenschaft, 5. Aufl., München 1987.